

Deutschlands Rolle in der Welt

In außen- und sicherheitspolitischen Fragen soll die Bundesrepublik eine größere Rolle spielen. So sieht es das Weißbuch 2016 vor.

Mit dem Beschluss und der Vorstellung des Weißbuches 2016 hat die Bundesregierung im Juli die Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in die Wege geleitet.



Hans-Joachim Schaprian

Auf dem NATO-Gipfel in Warschau wurde kurz zuvor eine Aufrüstung gegen globale Sicherheitsrisiken wie die russische Expansionspolitik und den internationalen Terrorismus vereinbart. Im Rahmen der Veranstaltung „Das Weißbuch und der Warschauer Gipfel 2016. Eckpunkte der Neujustierung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ diskutierten Experten über die aktuelle sicherheitspolitische Lage und darüber, wie sich Deutschland verteidigungspolitisch in Zukunft aufstellen sollte. „Weltweit gibt es derzeit über 40 kriegerische Konflikte. Über 65 Millionen Menschen sind auf der Flucht, von denen rund eine Million im vorigen Jahr Zuflucht in Deutschland gefunden haben“, benannte Moderator Hans-Joachim Schaprian die Rahmenbedingungen, unter denen der

NATO-Gipfel und das Weißbuch zu diskutieren seien.

Das Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr ist das oberste sicherheitspolitische Grundlagendokument Deutschlands. Seit Erscheinen des vorigen Weißbuches im Jahr 2006 hat sich die sicherheitspolitische Lage in Europa und der Welt verändert. „Wir haben es mit einer nie dagewesenen Komplexität zu tun“, formulierte es Martin Weinert vom Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung in seiner Begrüßung. Angesichts von globalem Terrorismus, Kriegen, Krisen und Cyber-Angriffen spreche die Bundesregierung bereits seit 2014 von einer „neuen Rolle und Verantwortung Deutschlands in der Welt“. Im neuen Weißbuch heißt es nun: „Deutschlands sicherheitspolitischer Horizont ist global.“ Darüber hinaus wurde das Verhältnis zu Russland neu definiert. Die Bundeswehr soll zukünftig auch im Inneren eingesetzt werden können – unter Federführung der Polizei.

Im ersten Teil nimmt das Weißbuch 2016 eine strategische Analyse der aktuellen Lage vor und enthält eine Prognose. Im zweiten Teil wird herausgestellt, was diese Lage für Deutsch-

land bedeutet. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Hellmich begrüßte die Veröffentlichung des Weißbuches. „Ich hätte es allerdings gerne früher gehabt, um es noch vor der parlamentarischen Sommerpause diskutieren zu können“, sagte er. Darüber hinaus hätte er sich eine Regierungserklärung zum Weißbuch der Bundesregierung gewünscht. „Es hätte insgesamt einen engeren Prozess zwischen Regierung und Parlament geben können. Schließlich entscheidet der Bundestag am Ende über die Ausstattung der Bundeswehr und ihre Einsätze“, machte der Abgeordnete deutlich. Für die Zukunft wünsche er sich einen kürzeren Rhythmus bei der Erstellung des Weißbuches. Angesichts der Entwicklungen in der Welt reiche ein zentrales Strategiekonzept nur alle zehn Jahre nicht aus. „Die aktivere Rolle, die Deutschland in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen im Weißbuch 2016 zugeteilt wird, ist neu“, erklärte Hellmich. Es sei richtig, dass nicht nur auf Anforderung von Bündnispartnern gehandelt würde. „Gut ist, dass präventiven Maßnahmen im Weißbuch viel Raum gegeben wird“, sagte der Abgeordnete, der auch Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages ist.



Wolfgang Hellmich, MdB

Für den Herbst erwartet Hellmich ein neues Konzept zur Bundeswehr. „Über die Umsetzung der im Weißbuch vorgesehenen Änderungen zur Ausrüstung, Personal und Finanzen der Bundeswehr werden wir eine intensive parlamentarische Debatte führen.“ Vorweg schickte er bereits den Hinweis, dass die Bundeswehr keine polizeilichen Aufgaben erfüllen könne. Über Einsätze der Armee im Inneren sei also noch zu sprechen. „Von unserer parlamentarischen Kontrolle jedenfalls werden wir nie und nimmer abrücken“, sagte Hellmich.

Für eine klare Trennung der Expertisen sprach sich auch Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, der Vizepräsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik und ehemalige Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, aus. „Es muss nicht Jeder alles können, wir brauchen einen vernetzten Ansatz“, machte Lahl deutlich. Er begrüße den Umstand, dass Sicherheitspolitik aktuell wieder Hochkonjunktur habe und über sie diskutiert werde. „Der NATO-Gipfel und das Weißbuch sind wichtige Bekenntnisse zu Verantwortlichkeiten. Allerdings kommt bei der Umsetzung in die Praxis noch jede Menge Arbeit auf uns zu“, sagte Lahl.



Kersten Lahl

Das Weißbuch bezeichnete der Generalleutnant a.D. als Plattform zum Dialog. „Jedoch sind die Autoren die falschen: federführend war das Bundesministerium der Verteidigung. Dabei ist Sicherheitspolitik ein ressortübergreifendes Thema“, sagte er. Im Weißbuch fehle eine Gesamtstrategie die dazu ermutige, die deutsche Sicherheitspolitik auszubauen. Landes- und Bündnisverteidigung seien dabei immer als untrennbar voneinander zu berücksichtigen. „Kein Schaden wäre für uns höher als ein Angriff auf unser Land oder einen unserer Bünd-

nispartner“, erklärte Lahl. Doch die Bundeswehr allein könne nicht alle kurzfristigen Forderungen erfüllen. „Es dauert mindestens zehn Jahre, um grundlegende Veränderungen umzusetzen“, gab der Experte seine Einschätzung.

Mit den hohen Erwartungen, die aktuell an die Bundesrepublik gestellt würden, beschäftigte sich Privatdozent Markus Kaim aus der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung



PD Dr. habil. Markus Kaim

Wissenschaft und Politik. „Die USA selektieren zunehmend, mit welchen Konflikten sie sich diplomatisch befassen oder wo sie gar intervenieren. Mit Blick auf die europäische Verantwortung kommt Deutschland in dieser Situation natürlich eine Führungsrolle zu“, sagte Kaim. Diese hänge auch mit der temporären Schwäche einzelner Mitgliedsstaaten zusammen. „Es geht dabei um eine große diplomatische Rolle und nicht um ein Herrschaftsstreben“, machte der Wissenschaftler deutlich. Er stelle ein Hinsteuern auf eine Neuordnung der transatlantischen Beziehungen fest. „Die diplomatischen Anstrengungen der EU-Mitglieder in der Krim-Krise oder im Iran sind beste Beispiele dafür“, sagte Kaim. Von den USA sei inzwischen

durchaus eine europäische Gestaltung der Weltpolitik gewünscht – natürlich in enger Abstimmung mit der Regierung der Vereinigten Staaten. „Es ist ein bemerkenswertes Signal, dass sich Präsident Obama angesichts des drohenden Brexits gegen ein Erodieren Europas ausgesprochen hat und dazu ermutigte, den europäischen Einigungsprozess voranzutreiben.“ Die Brexit-Debatte werde aus Kaims Sicht dazu führen, dass sich Europa in nächster Zeit zunehmend mit sich selbst beschäftige. „Am Ende des Prozesses muss allerdings eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik stehen, die auch Großbritannien berücksichtige und mit einbezieht“, gab der Wissenschaftler seine Einschätzung.

Ein wesentliches Thema des Abends im Universitätsclub Bonn war auch der Umgang mit Russland. Lahl sprach von „verstörender Machtpolitik im Osten“, die sich aktuell vollziehe. Es sei jedoch zu viel, im Zusammenhang mit Russland von einem europäischen oder deutschen Feindbild zu sprechen. „Mit ausgestrecktem Arm müssen wir den Dialog mit Russland suchen“, sagte der Generalleutnant a.D. Dem stimmte auch Hellmich zu: „Grundsatz von Politik ist es, Konflikte zu vermeiden. So wollen und müssen wir Russland auch in den Dialog über stärkere transatlantische Zusammenarbeit einbeziehen.“

--

Textautor: Marcus Hammes, Journalistenbüro Köln
Redakteur: Martin Weinert, Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung
Fotos: FES / Martin Weinert